

# DAS ARGUMENT 71

P 20 109 F

## Argumente für eine soziale Medizin (III)

### Editorial

W. F. Haug

Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin  
vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus 1

Rainer Seidel

Bedingungen der Prävention psychischer Störungen 14

Erich Wulff

Psychopathie? – Soziopathie? 62

Harald Abholz und Irma Gleiß

Zur Frage der Anpassung in der psychiatrischen Therapie 79

Michael Lukas Moeller

Krankheitsverhalten bei psychischen Störungen  
und die Organisation psychotherapeutischer Versorgung 88

### Diskussion:

Hans Peter Dreitzel

Soziale Rolle und politische Emanzipation 110

Frigga Haug

Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm 130

Besprechungen

137

*Editorial:*

Wolfgang Fritz Haug

## Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus

**Vorbemerkung:**

Der Titel *Argumente für eine Soziale Medizin (III)* bedarf der Erklärung. Das Heft erscheint als dritte Folge einer Serie, deren erste beide Teile<sup>1</sup> unter dem Titel *Kritik der bürgerlichen Medizin* veröffentlicht worden sind. Warum wird die Reihe umbenannt? — Hinzu kommt, daß die fachlichen Beiträge des vorliegenden Heftes dem Thema *Prävention und Therapie psychischer Störungen* gewidmet sind und dem umfassenden Anspruch des neuen Titels nicht so recht zu genügen scheinen.

Der Titel antwortet auf die Aufnahme, die die Beiträge der ersten beiden Hefte gefunden haben. Ihre Verfasser gerieten zum Teil in erbitterte wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen, freilich nicht auf dem Niveau ihrer theoretischen Arbeiten, auf deren Inhalte sich die Gegner offensichtlich nicht einzulassen vermochten. Die Plazierung von Erich Wulff und Hans-Ulrich Deppe auf Berufungslisten zum in Gründung befindlichen *Zentralinstitut für Soziale Medizin (ZISM)* an der Westberliner Freien Universität wurde mit einer überregionalen Diffamierungskampagne beantwortet, worin auch die Veröffentlichungen im *Argument* eine Rolle spielten. Teils war von Pöstchenjagd einer Clique, teils vom hintergründig gesteuerten Kampf „der Kommunisten“ um die Macht in Institutionen die Rede. Die *Argument*-Hefte wurden dargestellt als Instrumente in einem derartigen Machtkampf. Die *Frankfurter Allgemeine* ließ zunächst den seit mehr als 5 Jahren aufgelösten *Argument-Klub* wiederauferstehen als Verschwörerzentrale und veröffentlichte drei Tage später eine kuriose „Rezension“ des Sonderbandes *Kritik der bürgerlichen Medizin*, worin durch literarischen Kunstgriff die *Argument*-Veröffentlichungen mit „Terrorismus“ assoziiert wurden<sup>2</sup>.

1 Vgl. *Argument* Nr. 60, Sonderband, „Kritik der bürgerlichen Medizin (I)“, Dezember 1970. Ferner: *Argument* Nr. 69, „Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)“, Dezember 1971.

2 Kurt Reumann: Was liberale Wissenschaftler sich bieten lassen. Machtkampf am Berliner Zentralinstitut für Sozialmedizin, in: *FAZ*, 1. 12. 1971, S. 7. — Derselbe drei Tage später: Müssen arme Leute früher sterben? Machtkampf am Berliner Zentralinstitut für Sozialmedizin, in: *FAZ*, 4. 12. 1971.

Wir entnehmen dem, daß man höherenorts erschrickt über die zunehmend deutlicher sich artikulierende und in der Medizinerschaft immer breiter rezipierte Sozialkritik der Medizin. Die ungemeine Wichtigkeit der Sozialen Medizin und der personellen Besetzung des ihr gewidmeten neuen Instituts zu begreifen müsse man „von den Linken lernen“, forderte die Boulevardzeitung *Der Abend*<sup>3</sup>, die eine großaufgemachte dreiteilige Folge zu der „organisierten Kampagne von rechts“<sup>4</sup> beisteuerte<sup>5</sup>. Und die *Frankfurter Allgemeine* hob die „hohe strategische Bedeutung“ der Sache ins Bewußtsein.

Worin besteht diese strategische Bedeutung von Forschung und Lehre für eine soziale Medizin? — Sie besteht darin, daß hier nicht nur unmittelbare Lebensinteressen der gesamten Bevölkerung berührt werden, sondern daß es die Produktionsverhältnisse selbst sind, durch die, in Form von Schäden an Leib und Seele, alle Gesellschaftsmitglieder mehr oder weniger betroffen sind, insbesondere aber die Lohnabhängigen. In der körperlichen Krankheitsform verstecken sich soziale Konflikte und Ausbeutungsverhältnisse. Die Medizin ist gespalten in eine in jedem Sinn private Erwerbsmedizin und eine regulierte Kassenmedizin für die Klasse der Lohnabhängigen. In ihrem Gegenstand, den Krankheitszuständen, sowohl als in ihrer eignen Verfassung treten die Klassencharaktere der bürgerlichen Gesellschaft z. T. beispiellos kraß hervor. Mit der Soziogenese der Erkrankungen diese Klassencharaktere aufzuklären und soziale Therapie und Prävention in die auf Praxis gerichteten Überlegungen miteinzubeziehen, mag zwar möglicherweise die Privatinteressen einiger Medizin-Geschäftsleute beeinträchtigen, liegt aber im Interesse der Medizin und entspricht den Lebensinteressen der großen Mehrheit dieser Gesellschaft. Daher fühlen sich die Sonderinteressen

3 Ulrich Eggstein: FU-Abend-Report: Der Machtkampf am neu gegründeten Institut für Soziale Medizin, 3 Teile, in: *Der Abend*, 10., 11. und 12. 1. 1972.

4 Die Formulierung stammt aus einer Protesterklärung gegen die Artikel-Serie des *Abend*. Die Erklärung wurde am 24. 1. 1972 einstimmig von der Versammlung aller Abteilungsvorstände der Hauptabteilung Gesundheitswesen der Gewerkschaft ÖTV Westberlin beschlossen. Statt sachlicher Information und Auseinandersetzung wurde von Eggstein im *Abend* „fehlinformiert, verleumdet, aufgehetzt“, heißt es in der Erklärung.

5 Rudolph Ganz benannte in einer Sendung im SFB/NDR III den Kampagnencharakter des Vorgangs in dankenswerter Deutlichkeit: „Die sensationelle Aufmachung ohne jede Tagesaktualität (ein bei Boulevardblättern an sich unübliches Verfahren) zeigt die gezielte Kampagne an, eine Methode, in der der dafür verantwortliche Redakteur schon einige Übung hat. Die Öffentlichkeit soll fehlinformiert und aufgehetzt, der für die Berufungen letztlich zuständige Senator eingeschüchtert und die Arbeit eines in seiner ganzen Konzeption nicht bequemen Instituts lahmgelegt werden.“ Was Ganz nicht erwähnt, ist der in die Augen springende Zusammenhang der *Abend*-Serie mit den Veröffentlichungen in der *FAZ*; was er zum Zeitpunkt seines Kommentars noch nicht wissen konnte, war die bevorstehende weitere Ausdehnung der Kampagne ins Überregionale, sowie ihre Verknüpfung mit einer Anfrage der CDU im Westberliner Abgeordnetenhaus.

terrorisiert von der Möglichkeit einer im Ernst sozialen Medizin. Sie setzen alle Hebel in Bewegung, insbesondere die von ihnen kontrollierten Massenmedien. Nun wird mit unerhörtem Aufwand maskiert, umfrisirt, aus Tatsachenteilen werden effektive Lügen zusammengebaut, wo das Verschweigen und Verdrehen nicht ausreicht, wird hinzuerfunden<sup>6</sup>. Die erdrückende publizistische Übermacht, die das Monopol der großen Kommunikationsmittel den angegriffenen Sonderinteressen an die Hand gibt, wird zielbewußt eingesetzt.

Indem wir uns den Titel dieses Heftes von der Kampagne geben lassen, bekunden wir, daß für eine soziale Medizin gekämpft werden muß und daß die Verfasser mit ihren Beiträgen nichts anderes beabsichtigen als in der einen oder anderen Form an ihrem Aufbau mitzuarbeiten.

So wichtig der Komplex der Sozialmedizin auch ist, so kann die Kampagne doch nur begriffen werden, wenn man sie als Anwendungsbeispiel für eine im Großen sich herausbildende Strategie der Rechten begreift. Dieser Strategie, die im folgenden in ihrer Artikulation durch den Bankier von Bethmann und den Soziologen Schelsky sowie am Beispiel ihrer Auswirkungen auf den Schriftsteller Heinrich Böll belegt und analysiert werden soll, kommt wachsende Bedeutung zu, nachdem es der Rechten gelungen ist, die sozialliberale Bundesregierung auf eine Verschärfung des Antikommunismus festzulegen. Offenbar soll aus dem öffentlichen Dienst — vor allem auch an Schulen und Universitäten — jeder ausgeschlossen werden, der organisierter Sozialist oder Kommunist ist oder mit einer solchen Richtung sympathisiert, vielleicht auch nur punktuell zusammenarbeitet. — Die folgenden Notizen führen Überlegungen weiter, die im Editorial zu *Argument* 66 dargelegt sind<sup>7</sup> und durch die Kampagne um die Sozialmedizin neue Aktualität erhalten haben.

## Notizen zur Strategie der Polarisierung und Politisierung von rechts

### I

Immer aufs Neue verlieren die bürgerlichen Zeitungen ihre Unschuld und wandeln sich eine nach der andern zum Kampfblatt.

6 Rechtsaußen, durchaus rechtsradikal, die Version in der WELT vom 18. 1. 1972 von Hans-Erich Bilges: „FU Berlin: Der Polit-Terror grassiert / In aller Stille erobern Rote sich die Ordinariate“. — Auch Diffamierer müssen gut informiert sein. Die Autoren der FAZ, der Welt und des Abend sind es in mancher Hinsicht mehr, als legal möglich wäre. Sie zitieren nämlich aus Bewerbungsunterlagen, die ja bekanntlich der Geheimhaltung unterliegen. Einem der Bewerber, der auf zweiter Stelle einer Liste plaziert ist, kreiden sie an, er habe für jahrelange Arbeit als Mediziner in der DDR dort den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ verliehen bekommen. Offenbar trauen sie den Kommunisten alles zu. Vielleicht halten sie es für eine typische Äußerung der Kollektivierung, daß Individuen mit dem Titel „Kollektiv“ ausgezeichnet werden.

7 W. F. Haug: Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe „Wissenschaft“ und „Ideologie“, Editorial zu *Argument* Nr. 66, 13. Jg., 1971, S. 439—460.

Wie so manche bürgerliche Zeitung, führt auch die *Frankfurter Allgemeine* ein Doppelleben — wenigstens für die Gebildeten unter ihren Lesern. Im Feuilleton blüht den Liberalen eine Spielwiese. Doch scheinen die antikommunistischen und antidemokratischen Verwaltungsbauten diese Schonfläche immer mehr einzuengen. Aus Anlaß einer grotesken Kampagne gegen den — selber bürgerlichen, solcher Schonung sonst versicherten — demokratischen Schriftsteller Heinrich Böll schrieb ein Feuilleton-Redakteur der FAZ seiner Zeitung folgende Worte ins Stammbuch: „Die Idiosynkrasie, die bei den Rechten (nicht bei den Konservativen oder Liberalen) unübersehbar ist, nämlich den Gegner nicht bei seinem richtigen Namen zu nennen, ihn also als Linksradiكالen oder Kommunisten zu bezeichnen, ist eine Sache und hängt mit dem noch immer schlechten Gewissen der Rechten zusammen; denn mitten unter ihnen oder noch ein wenig weiter rechts beginnt in der Tat der Faschismus. Die Arroganz, die Ungenauigkeit vieler Marxisten, ihr uralter Fehler, nämlich jeden Nicht-Marxisten auf die Position eines Faschisten zu versetzen, ist eine andere Sache...“<sup>8</sup>. Sehen wir einmal davon ab, daß eine solche automatische Gleichsetzung von Nichtmarxisten mit Faschisten keinem Marxisten je unterlaufen darf. Wichtiger scheint etwas anderes: Bohrer ästhetisiert — im genauen Wortsinn — die angestrengt kalkulierte Demagogie der Rechten, wenn er sie als Idiosynkrasie auffaßt. Denn besagte „Idiosynkrasie“ — die „Vermischung“ von Demokraten, Sozialisten, Sozialkritikern und Marxisten aller Schattierungen in dem einen Namen: *Kommunisten* oder gar *kommunistische Parteikader* — ist vorwiegend künstlich, Ergebnis bewußt berechneter Fälschung. Sie entspringt propagandistischen Kalkül. Im Wirtschaftsblatt seiner Zeitung hätte der Feuilletonredakteur sich Auskunft holen können über das Rezept, im politischen Teil die tägliche Beispielsammlung für seine Anwendung.

## II

Tags zuvor hatte die *Frankfurter Allgemeine* im Wirtschaftsblatt eine entsprechende strategische Konzeption referiert<sup>9</sup>. Der Frankfurter Bankier Freiherr von Bethmann erklärte die soziale Strategie, mittels derer sich der Kapitalismus — plötzlich ist dieser so lange zensierte Ausdruck wieder da: im Munde eines kapitalistischen Klaskensprechers, der jetzt, da er sieht, die Zensur droht zusammenzuberechnen, das Steuer herumwirft und Rezepte zur Werbung für den Kapitalismus produziert — mittels derer sich also der Kapitalismus an der Macht halten könnte. Die wichtigsten Punkte dieser Strategie sind: 1. Imagepflege, überzeugende Selbstdarstellung des Kapitalis-

<sup>8</sup> Karl Heinz Bohrer: Faschismus-Vorwurf, Oder: Medienkrieg um Böll, in FAZ, 28. 1. 1972, S. 28.

<sup>9</sup> „Ein Rassepferd braucht einen guten Reiter“ / Freiherr von Bethmann: Der Kapitalismus steht erst am Anfang / Kritik an Unternehmern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 1. 1972, S. 13—14. — Verwandte Geister finden sich. Herr von Bethmann hat inzwischen den jüngsten Aufruf der „Notgemeinschaft“ unterzeichnet. Vgl. hierzu Anm. 10.

mus; 2. Schaffung von Bedingungen, die die Lösung sozialer Aufgaben kapitalistisch profitabel machen; 3. Zwangsgewerkschaften, die sich dann nicht mehr aus Gründen der Mitgliederwerbung nach links profilieren müßten. Den weitaus größten Raum aber nimmt ein vierter Punkt ein: Das Programm politischer Polarisierung von Antikommunisten und Kommunisten bei verschärfter Bekämpfung der Letzteren. Als Parole, die ein publizistisches Rezept beinhaltet, gab v. Bethmann aus: „Sozialismus ist entweder Kommunismus oder es gibt ihn nicht; Kommunismus ist aber die Inkarnation des Inhumanen sowie der ärgste und aktuellste Feind der Demokratie.“ Zur Einschärfung wiederholt: „die linksradikalen Systemkritiker sollten als das behandelt werden, was sie sind, als Kommunisten“. Man sieht, wie mitten unter den Unternehmern wieder einmal in der Tat der Faschismus — zumindest in der Halbform eines neuen McCarthyismus — beginnt. In Ansehung dieser Gefahr hält der soziale Bethmann nebenbei folgende Auskunft bereit: „Der Faschismus ist heute ein stinkender Leichnam.“

Diese Strategie der Unternehmer, die von Bethmann eher geschickter, „moderner“ als von anderen Sprechern seiner Klasse vortragen wird, läßt sich in ihrer Intention kurz zusammenfassen: soziale Verkleidung des Kapitalismus einerseits, politische Polarisierung andererseits. Die Partei des „sozialen Kapitalismus“ nennt sich „die Demokratie“. Alle Kritiker des Kapitalismus und alle Liberalen, die sich mit solchen Kritikern in Einzelfragen zusammenschließen, sollen bei verschärftem Antikommunismus, ständig von Subsumtion unter die „Kommunisten“ bedroht sein. Man wird sehen, daß die Strategie und ihre Sprachregelung nicht zuletzt gegen die sozialdemokratische Linke gerichtet ist.

### III

Die Unternehmer fanden ihren neuen Clausewitz in Helmut Schelsky. In einem über zwei Zeitungsseiten laufenden Aufsatz, den später die rechtsgerichtete „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“<sup>10</sup> als Sonderdruck verteilen sollte, gab er in der *Frankfurter Allgemeinen*<sup>11</sup> eine Diagnose der Gefahrensituation und

10 Für Leser, die mit Westberliner Verhältnissen nicht vertraut sind: Die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ ist aus einer Gruppe von Ordinarien der alten Universität hervorgegangen, die durch die Auswirkungen zunächst der Studentenbewegung, dann der Universitätsreform zunehmend nach rechts hin politisiert wurden. Wieweit nach rechts die Beziehungen der Gruppierung reichten, dazu vgl. etwa W. F. Haug: Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen, in: Schülerladen Rote Freiheit, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1971, S. 395 f. und 400 f. Aus der „Notgemeinschaft“ scheinen auch wesentliche Initiativen zur Gründung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ gekommen zu sein. Zum „Bund“ vgl. Frank Niess: Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft. Bemerkungen zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, in: Das Argument Nr. 61, 12. Jg. 1970, S. 716—746.

11 Helmut Schelsky: Die Strategie der „Systemüberwindung“. Der lange Marsch durch die Institutionen, in: FAZ, 10. 12. 1972, S. 11—12.

stellte Vorüberlegungen für eine Strategie der herrschenden Klassen zur Verteidigung ihrer Position an.

Dabei ist die Methode interessant. Schelsky beschuldigt die „Linksradi kalen“ nämlich der Dinge, die bei der herrschenden Klasse an der Tagesordnung sind. Er argumentiert projektiv. Er spricht den „Linksradi kalismus“ in einer Sprache aus, die von den Inhabern von Besitz, Macht und Privilegien verstanden wird: „Man will das ‚System‘ überwinden, indem man die entscheidenden Herrschaftsmittel in andere, d. h. die eigenen Hände überführt. Personalwechsel der Herrschaftsgruppe durch Bemächtigung der Herrschaftsinstrumente . . .“ Schelsky gibt jedem Inhaber eines Pöstchens in der sozialen Hierarchie, in Gesellschaft und Staat, Armee, Kirche und sogar Gewerkschaft zu verstehen, daß Jüngere nach seiner Stellung und seinem Einkommen trachten. Die linke Bewegung sei nichts als eine Bewegung sozialen Aufstiegs, eine ideologisch bemäntelte Lobby mit „kollektiver Generationsablösung“ in petto. Was für Produktionsverhältnisse haben die Linken im Sinn? — „Hier soll das Funktionieren, die Arbeit der anderen, durchaus *erhalten* . . . werden.“ Was erhalten werden soll, heißt angeblich in der Sprache der Linken: „Die Herrschaftsausbeutung der Arbeit der anderen“. Endlich: „Eine generationshaft bestimmte Intellektuellengruppe“ betreibt die sozialistische Bewegung „mit dem Ziel, daraus ein System der Sozialvormundschaft über die Arbeitenden für eine *neue* herrschende Klasse zu machen“. Schelsky schlägt vor, „die ideologischen Komponenten dieser Strategie“ als „vordergründige Variablen“ zu behandeln. Kurz: die Linken wollen Klassenherrschaft und Ausbeutung *erhalten* — mit dem Unterschied zu bisher, daß sie selbst in die Herrschaftspositionen drängen. Auf diesem Umwege hört man den Soziologen plötzlich das bestgehütete Geheimnis dieser Gesellschaft ausplaudern — wenn auch wahnhaft-agitatorisch gewendet zur Aufhetzung aller irgendwo besser Situierten, indem ihnen mit ihrer angeblich bevorstehenden Deklassierung durch die Linken Angst gemacht wird.

In den Bereichen der Erziehung, der „Kultur“, der Massenmedien, der Kirchen und der Wissenschaft sei die bürgerliche Klassenherrschaft besonders verwundbar. Hier gehe es nämlich um die „Vermittlung von Sinn“, d. h. von Lebenszielen, Idealen, Moral, Wahrheitsbegriffen, Rechtsvorstellungen usw., und die angebliche Strategie der Linken habe etwas begriffen, auf dessen verstärkte Bedeutung Schelsky in Wirklichkeit durch einen rhetorischen Kunstgriff die Inhaber von Macht und Besitz anspitzen will: „Diese Strategie hat begriffen, daß die ‚Vermittlung von Sinn‘ zum entscheidenden Herrschafts- und Stabilisierungsmittel der Gesellschaft . . . geworden ist . . . Politökonomisch ausgedrückt“ — man achte darauf, wie Schelsky als „Politökonomie“ die Tätigkeit der bürgerlichen „Ideologischen Stände“ mystifiziert — „Politökonomisch ausgedrückt: ‚Information‘ ist das entscheidende ‚Produktionsmittel‘ der modernen Gesellschaft geworden, und die Monopolisierung dieses Produktions-

mittels ist die aussichtsreichste Form der politischen Herrschaftsdurchsetzung“. Unbestritten hat die Klasse, der er dient, auf diesem Gebiet nicht nur das tatsächliche Monopol, sondern auch einschlägige Erfahrungen. Schließlich stammt Schelsky aus dem Kreis um Hans Freyer, Arnold Gehlen u. a., der tätig an der Artikulation und Verbreitung von „national-sozialistischer Lebenssinn-Information“ mitgewirkt hat. Freiherr von Bethmann hat nur zur Hälfte recht: der Faschismus stinkt zwar, ist aber kein Leichnam.

Schelsky veröffentlichte seine strategische Beschwörung zur Zeit des Jungsozialistenkongresses über „Systemüberwindende Reformen“, worauf sein Titel ja anspielt. Andeutungsweise schlägt er die gleichen strategischen Ziele vor wie v. Bethmann: Polarisierung und Verschärfung des Kampfes gegen die Linke an allen Fronten und in jeder Form. Der Angriff zielt unmittelbar auf die SPD-Linke. Wenn man diese Richtung außer acht läßt, wird man die Funktionsweise des Antikommunismus nicht begreifen. Schelsky verkündet klipp und klar, die Linken hätten, „wenn überhaupt organisatorisch gesteuert, ihre Kommandostellen mehr und mehr in der Ultralinken und ihren sich an den Ostblockorganisationen anschließenden Kadern“. Dies der eine Pol, dem zugeschlagen wird. Und was widerfährt den Liberalen? Die Wühlstrategie der Linken richtete sich laut Schelsky „mit dem größten Erfolg auf die politisch-werthaft eingestellten Liberalen“. Auch diese Aussage stellt, in der irreführenden Form einer Tatsachenbehauptung, eine versteckte Anweisung dar, wie mit Liberalen umzuspringen sei. Die Sprachregelung lautet: „Auch diese ‚denkende Minderheit‘ ist fast zwangsläufig Helfershelfer einer moralisch-sinnhaft sich maskierenden Revolution, weil ihre Stärke — die Toleranz ... — in aggressiven revolutionären Krisen nicht aufrechterhalten werden kann, sondern wider Willen gezwungen wird, für radikale Gegensätze Partei zu ergreifen. In solchen Situationen der radikalen Polarisierung widerlegen sich alle Liberalen durch sich selbst...“ Nun gibt es in der BRD derzeit objektiv keine revolutionäre Krise, und Schelsky schiebt die von ihm mitbetriebene Polarisierung auf die Linke, die sie ja eben treffen soll. Polarisierung als vorsorgliche Notstandsübung, als inszenierte Krise soll nämlich die Linke isolieren. Ohne liberale bürgerliche Öffentlichkeit und ohne einen Rest von Garantie demokratischer Grundrechte wären die Linken, so wohl die heimliche Überlegung unseres Clausewitz, leicht auszuschalten — ohne daß ihnen durch eine revolutionäre Zuspitzung Massenkräfte zuwüchsen.

#### IV

Nachdem Schelsky einen derart projektiven Aufriß von der Strategie der Linken und ihrer Gefährlichkeit für den Kapitalismus gegeben hat, schätzt er die Bedeutung und Funktion einer Programmatik ein, wie sie etwa von dem Kreis um Ulrike Meinhof und Andreas Baader vertreten wird: „die Aufstellung einer subversiven ‚Roten Armee‘ der direkten Gewaltanwendung gegenüber den



Staatsorganen widerspricht dieser radikalen Strategie und schwächt ihre Durchsetzung“. Diese Äußerung bescheinigt ihrem Urheber, daß er sich nicht von Emotionen hinreißen läßt, sondern vom Standpunkt der Klassenherrschaft aus sehr bewußt die Auslösung hinreißender Emotionen kalkuliert. Die Behandlung der Baader-Meinhof-Aktivitäten durch Polizei, Gerichte und Massenmedien zeigt in der Tat, daß Schelskys Auffassung von seiten der bürgerlichen Machtorgane allgemein geteilt wird. Nicht nur werden die Aktivitäten der „RAF“ benutzt als Vorwand zur Auslösung von Notstandsübungen. Sie werden insbesondere benutzt zur Erzeugung einer Propaganda, in deren Konzeption und Durchführung staatliche und private Stellen fügenlos zusammenarbeiten. Die Polizei tritt erstmals in großem Stil auf als Erzeuger von „Informationen“. Sie konzipiert ihre Einsätze bereits im Hinblick auf die im Anschluß daran zu verbreitende Version. Die „RAF“ kommt ihr dabei entgegen. Die Presse selektiert, vergrößert, vergrößert, vervielfältigt, erfindet hinzu. Die dadurch erzeugte Hysterisierung der Bevölkerung wird in zwei Stoßrichtungen eingesetzt. Sie wird benutzt zum grundgesetzwidrigen Vorgehen gegen Kommunisten und zur Zermürbung von Liberalen und Linksinтеллектуellen — vor allem in den Bereichen — mit Schelsky zu sprechen — der „Sinn-Vermittlung“, hier wieder vorrangig in der Publizistik, die über die hochentwickelten Kommunikationsmedien Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit hat. Die Behandlung der Hannoveraner Professoren Brückner und Seifert bietet ein empörendes Beispiel.

Heinrich Böll, der zur Behandlung der Baader-Meinhof-Affäre durch die Massenmedien im SPIEGEL einen Artikel veröffentlichte, von dem er mit Recht sagte, „daß er versöhnlich gemeint war und daß er entspannen sollte, die ganze, wie ich finde, irrsinnig hysterische Atmosphäre“<sup>12</sup>, bekam die zweite Stoßrichtung zu spüren. Er wurde mit einer unflätigen Hetze geradezu überschüttet. Dabei wurde übrigens auch wieder das Schlagwort vom „Linksfaschismus“ — diesmal „roter Faschismus“ (etwa Löwenthal im ZDF) — aus dem Arsenal geholt. Mit einer derart massiven und „eindeutig faschistischen“ Reaktion hatte Heinrich Böll offenbar nicht gerechnet. In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk gestand er, daß ihm Zweifel gekommen seien an der Theorie des Pluralismus. „Ich fange auch an, die Grenzen der Liberalität zu erkennen. Ich nehme doch an, daß ein solcher Kommentar“ — er nimmt Bezug auf einen hetzerischen Angriff gegen seine Person im Südwestfunk — „nicht zufällig entsteht, und daß er geplant ist, daß er besprochen wird, daß man einen bestimmten Herren zu einem bestimmten Zweck an einem bestimmten Tag auswählt. (. . .) Ich habe die Demagogie, die ich hervorgerufen habe, unterschätzt“.

12 „Ich habe einfach meine Konsequenzen gezogen“ / Ein Interview mit Heinrich Böll zu laufenden Ereignissen, in: Frankfurter Rundschau, 29. 1. 1972.

## V

Die Polarisierung von rechts ist von einer Politisierung von Bereichen begleitet, die bis gestern noch als wesensmäßig unpolitische Bezirke galten. „Polarisierung“ von rechts bedeutet aber insbesondere für die Wissenschaft den Anfang vom Ende. Die Hirnlosigkeit der Gleichsetzung von rechts und links tritt in bezug auf die Wissenschaft besonders deutlich zutage. Politisierung von links besagte ja nichts anderes als Reflexion der Wissenschaftler auf ihre Stellung in der Gesellschaft; links war daran das Ansinnen, sich mit dem Interesse an gesellschaftlicher Produktion, entsprechend dem Wesen der Wissenschaft als gesellschaftlicher Produktivkraft, zu verbünden. Eine derartige politische Bewußtwerdung tastet die Wissenschaftlichkeit nicht nur nicht an, sondern gibt die Möglichkeit zu ihrer höheren Entfaltung, weil sie ihren Allgemeinheitsanspruch untermauert. Die Politisierung von rechts dagegen wird die Wissenschaftlichkeit weiter stören, wenn nicht gar — in strategisch interessanten Fächern — zerstören, wie sie es im Faschismus getan hat. Die Größe bürgerlicher Wissenschaft ist unabdingbar an ihre scheinbar reine, unpolitische Form gebunden, an die leidenschaftliche Verselbständigung der Wissenschaftlichkeit. Nun aber, angesichts eines fortschreitenden Prozesses der gesellschaftlichen Bewußtwerdung und Umorientierung von Wissenschaftlern, angesichts der dadurch verstärkten Gefahr für die herrschenden Klassen, daß die demokratischen Formen und Formeln mit Inhalt gefüllt werden könnten, betreiben ihre Organe die Politisierung der Wissenschaft von rechts<sup>13</sup> — im Gewande ihrer Verteidigung und Freiheit, versteht sich. Wertneutralität, Objektivität, fachliche Motivationen werden offen preisgegeben. Die Trennung von Wissenschaft und Politik, bis gestern Grundsatz der Konservativen, wird von rechts eingezogen. Die letzten im eigentlichen Sinn bürgerlichen Wissenschaftler werden bedroht und lächerlich gemacht von der — bürgerlichen Presse selbst. Nicht nur die Bild-Zeitung und, generell, die Springer-Presse, „besteht ja“, wie Heinrich Böll zu spüren bekam, „eigentlich in der dauernden Wiederholung von Banalitäten und Lügen“. Sondern jetzt sind es die reputierlich erscheinenden bildungsbürgerlichen Blätter wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und der *Tagesspiegel*, die die bürgerlichen Errungenschaften kassieren. In der Kampagne um das Institut für Soziale Medizin ist es die sozialliberale *Frankfurter Rundschau*, die unter Pseudonym einen Beitrag veröffentlicht<sup>14</sup>,

13 So etwa Uwe Schlicht: Politisierung über die Soziale Medizin, in: *Der Tagesspiegel*, 12. 12. 1971, S. 27. Vom Vorsitzenden der Berufungskommission heißt es rügend: „Der unpolitisch eingestellte (!) Professor für Psychiatrie, Grüsser, erklärte . . . , daß . . . man allein vom Standpunkt der verschiedenen wissenschaftstheoretischen Ansätze her diskutiert habe . . .“

14 Philipp Arenberg (Pseudonym): Wie Reformgegner die Reformgesetze ausnutzen, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. 1. 1972, S. 17. — Der Verfasser verrät in seinem Hetzartikel bemerkenswerte Fertigkeiten, die darauf hindeuten, daß er in die Schule des amerikanischen Antikommunismus gegangen ist. Möglicherweise hat er einige Jahre „Erwachsenen-

worin die Zerstörung der bürgerlichen Liberalität und der Position der sozialen Demokratie auffallenderweise am nachhaltigsten vorgemacht wird — unter der hervorragend zurechtgeschminkten Maske ihrer Verteidigung. Die Auswahl von Assistenten an der Universität wird dort allerdings ungeschminkt eine „politische Entscheidung“ genannt. Der Artikel enthält in konzentriertester Form eine Unzahl von Un- und Halbwahrheiten, von Verdrehungen und Diffamierungen, deren Stoßrichtung zwar auf die Linke zielt, als welche nürmehr die SEW erscheint, die aber unmittelbar Liberalität und bürgerliche Wissenschaftlichkeit trifft und sie lächerlich macht.

Auch der Erscheinungstermin des Artikels zeigt neben seiner Stoßrichtung gegen solche Wissenschaftler, die fachlichen Argumenten zugänglich bleiben, seine taktische Kalkuliertheit. Die Kampagne war nämlich dort über das Ziel hinausgeschossen, wo sie Erich Wulff und Hans-Ulrich Deppe in ihrer Integrität als Wissenschaftler herabsetzte. Es ist immer noch etwas anderes, einen Wissenschaftler dadurch zu denunzieren, daß man ihm fortschrittliche Auffassungen nachsagt, als seine wissenschaftlichen Fähigkeiten zu bestreiten. Das aber hatte vor allem der eifrige Eggstein getan. Die Entwicklung zeigte: es gibt noch Mediziner. Eine ganze Reihe wissenschaftlicher Institute und Gesellschaften distanzierten sich in scharfer Form von der Verunglimpfung von Wulff und Deppe und bezeugten deren hervorragendes wissenschaftliches Renommee. Nicht anders reagierten die namhaftesten der in der Kampagne gegen Wulff und Deppe ausgespielten anderen Bewerber... Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie verwahrte sich in einer Erklärung dagegen, „daß qualifizierte Wissenschaftler durch bewußt falsche parteipolitische Zuordnung in der Öffentlichkeit diskreditiert und in ihrem wissenschaftlichen Werdegang behindert werden sollen“. Eine entsprechende Entschließung verabschiedete die *Ständige Konferenz der Hochschullehrer für Psychosomatik, Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie*. Sie verwahrte sich dagegen, „daß qualifizierte Wissenschaftler wie Prof. Dr. E. Wulff und Dr. H.-U. Deppe durch politische Verdächtigungen und wissenschaftliche Disqualifikation öffentlich diskreditiert werden und damit das Verfahren der Besetzung von Professorenstellen am Zentralinstitut für Soziale Medizin in Berlin sehr belastet wird“. Der Chefarzt der Westberliner Schloßparkklinik, Werner Greve, bezeugte als langjähriger Kollege

„bildung“ in der US-Armee betrieben. — Hier stellt sich aufs neue die Frage, die schon im Zusammenhang mit der Kündigung des FR-Redakteurs Eckart Spoo sich aufdrängte, ob „Arenbergs“ auf Linie der „Notgemeinschaft“ liegende Artikel durch ein Versehen in die Spalten der Frankfurter Rundschau geriet, oder ob sich hier vielmehr ein Kurswechsel dokumentiert, eine Abkehr von der Position der Linken und Linksliberalen. Damit würde allerdings auch das Ende der überregionalen Ausgabe der Frankfurter Rundschau heraufbeschworen. Geht die Rechnung der Polarisierungsstrategie auf, hat auch die Stunde der sozialliberalen Presse geschlagen.

von Wulff dessen wissenschaftliche Qualifikation, Aufgeschlossenheit und Kooperativität. Der Direktor der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg, W. v. Baeyer, erklärte in einem Brief an Erich Wulff:

„Sie haben in Ihren Arbeiten über vergleichende transkulturelle Psychiatrie, die ja eine ausgesprochene Grundlagenwissenschaft für die praktische Sozialpsychiatrie darstellt, neue Wege gewiesen und in Ihren Analysen klare Rationalität und keine politischen oder sonstigen Vorurteile walten lassen. Sie haben auf dem V. Weltkongreß für Psychiatrie in Mexico City vor kurzem einen Vortrag über Ihr spezielles Forschungsgebiet gehalten, der in diesem internationalen Forum großes Interesse und allgemeine Anerkennung fand. Der Erfolg dieses Vortrages war für mich insofern auch eine persönliche Genugtuung, als ich als damaliger Vizepräsident der Psychiatrischen Weltorganisation dafür gesorgt hatte, daß Sie zu diesem Vortrag aufgefordert wurden.“

Der Abend hat eine ganze Reihe von Erklärungen und Leserbriefen zu seiner Serie kurzerhand unterschlagen. Trotz allem erwies sich der versuchte Tiefschlag gegen Wulff und Deppe als ein Fehlschlag. Der Pseudonymus aus der *Frankfurter Rundschau*, der seine Finger auch in anderen, über weite Passagen immer wieder verblüffend gleichlautenden Beiträgen zur Kampagne gehabt zu haben scheint und überdies, gewisse Sachkenntnis deutet darauf hin, bei der Hannoveraner Tagung der *Ständigen Konferenz der Hochschullehrer für Psychosomatik etc.* Zeuge der einmütigen Solidarisierung mit Wulff und Deppe gewesen zu sein scheint, sah, wenn nichts geschähe, alle Stricke reißen. Daher der Erscheinungstermin; und daher legte er in dem FR-Artikel allen Nachdruck auf die Verunsicherung möglicher Unterzeichner von Solidarisierungserklärungen. Die Teilnehmer der Hannoveraner *Ständigen Konferenz* bezeichnete er mit dem als Lenin-Wort zurechtgefälschten Ausdruck als „nützliche Idioten“. Da hier nichts mehr zu retten war, versuchte er wenigstens vorzubauen. Die Art, wie er es tut, ist wirksam und verdient daher alle Beachtung. Er nimmt nämlich das Ende aller selbständig urteilenden, etwa fachlich fundierten oder demokratisch motivierten Individuen und Gruppen vorweg. Es gibt nurmehr Drahtzieher und Gezogene, suggeriert er. Im Moment bemühe sich die SEW, „eine Absicherungskampagne für ihre Kandidaten Deppe und Wulff in einer Reihe wichtiger Gremien der FU zu lancieren, wobei sie auffallend zurückhaltende Resolutionen verfassen läßt“. So soll eine Angst manipuliert werden. Wer etwas tut, durch den handeln, ohne daß er es wahrhaben möchte, bereits die Kommunisten hindurch. Die Vernunft ist nicht mehr vernünftig, vielleicht ist sie schon kommunistisch. „Erst wenn“, fährt der Pseudonymus in seiner düsteren Prophezeiung fort, „die Massierung all der unscheinbaren Resolutionen klar und die ‚Meisterhand im Hintergrund‘ sichtbar wird, erkennt der Liberale seine politische Funktion“.

## VI Schluß: Nützliche Idiotisierung der Allgemeinheit und allgemeine Maskierung der Rechten

Der letzterwähnte Artikel erweist sich als ein scharfsinnig berechnetes Mittel zur Idiotisierung der Redaktion und der Leser der *Frankfurter Rundschau*. Diese allein der Rechten *nützliche Idiotisierung* zielt in ihrem Kern, um die Linken zu treffen, auch auf die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Zurücknahme bürgerlicher Errungenschaften. Die Maske, die er sich zu diesem Behufe aufsetzt, ist die ihrer Rettung. Mit dieser Verkehrung und Maskierung steht er bekanntlich nicht allein.

Das Bündnis von politisierter akademischer Mittelmäßigkeit, Feigheit, Ignoranz und Dummheit erzeugt einen neuen Jargon der Verlogenheit, eine demagogische Tartüfferie, die kaum mehr zu überbieten sind. In den ideologischen Ständen, die das Bedienen und Rechtfertigen der herrschenden Klasse zum besonderen Privatgeschäft gemacht haben, sind umgekehrte Saturnalien angebrochen. Das Privatinteresse geht als Gemeinwohl, die Angst vor Demokratie und Mitbestimmung geht als Angst um die Demokratie unters Volk. Die Kapitalisten rufen sich gegenseitig zur Klassenräson und bestimmen als vordringliche Aufgabe den Betrieb einer umfassenden Gemeinschaftswerbung für „unsere soziale Marktwirtschaft“. Die Professoren der Notgemeinschaft verteilen frühmorgens vor den Fabrikatoren Flugblätter<sup>15</sup>, worin sie, aus Sorge um die Kinder und das Wohlergehen der Arbeiter diese gegen die „Linksradi-kalen“ zu mobilisieren versuchen. Wenn man sie hört, geht es einzig um Leistung, fachliches Können, Sachlichkeit, Gemeinwohl. Und das Niveau sei bedroht. Es sprechen aber gerade diejenigen diesen Jargon besonders laut, die von ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nicht gerade ausgefüllt sind, die nicht gerade Leuchten — oder doch allenfalls längst verdunkelte — ihrer Disziplin sind, zu denen die Studenten nur solange gingen, als sie keine Ausweichmöglichkeit hatten. Was sie Terror und Bedrohung der Lehrfreiheit nennen, ist in Wirklichkeit die Wahlmöglichkeit, die ein in gewissem Umfang freier Markt der

15 Vgl. Der Tagesspiegel, 29. 1. 1972, S. 9. — Der Westberliner Senator für Wissenschaft und Kunst erklärte zu den betreffenden Aktivitäten der „Notgemeinschaft“, sie gebe „wieder einmal nicht belegbare verallgemeinernde Pauschalurteile über die Berliner Universitäten“ ab — und tue dies „in der zweifelhaften Absicht, Angst und Sorge um die Zukunft zu erzeugen“. Die Ambivalenz seiner eigenen Position verwehrte es dem Senator, deutlicher zu sprechen, insbesondere die Strategie des Angstmachens zu benennen. — Klarer die Sprache des FDP-Landesvorsitzenden: die „Notgemeinschaft“ habe sich mit ihrer Kampagne als das zu erkennen gegeben, was sie von Anfang an war, als eine „Notgemeinschaft zur Wiedererlangung überholter Privilegien für die Lehrstuhlinhaber“ (Tagesspiegel, 28. 1. 1972, S. 19). Der FDP-Vorsitzende sieht offenbar nicht, daß die „Notgemeinschaft“ inzwischen mehr ist, als bloß eine Lobby zur Rückgewinnung verlorener Interessengebiete. Sie dürfte sich inzwischen umfassenderen rechten Zielsetzungen verschrieben haben.

Lernmöglichkeiten an der Universität eröffnet hat. Um ihr Privileg, das ein Monopol war, zurückzuerhalten, dienen sie sich als willige ideologische Helfer den Sonderinteressen des Besitzes und seiner Macht an. Es ist an der Zeit, daß sich die Wissenschaft von den aggressiven Dienern der Privatinteressen emanzipiert und sich auf den Standpunkt der Allgemeinheit stellt. Solange hierüber gestritten wird, wird das allgemeine Verkleiden des Privaten die Szene bestimmen.